

Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 28.05.2009

Tagungsort: Sitzungssaal des Bürgerzentrums "Amt Dornberg"
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause: -
Ende: 20:35 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Frau Hempelmann - BfB

CDU

Herr Berenbrinker

Frau Brinkmann

Herr Kleinesdar

Frau Krause

Frau Weyer

bis 18:30 Uhr, TOP 8 teilweise

SPD

Herr Fortmeier

Herr Gieselmann

Frau Selle

Frau Viehmeister

ab 17:10 Uhr

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Hahn

Herr John

Herr Steinkühler

FDP

Frau Wilmsmeier

Verwaltung

Herr Glasl

Frau Groth

Frau Stude

Frau Warnecke

Amt für Verkehr

Volkshochschule

Büro des Rates

Bauamt

zu TOP 8

zu TOP 7

zu TOP 6 und 8

Schriftführung

Frau Busch-Viet

Büro des Rates

Nicht anwesend:

Herr Graeser, CDU

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Frau Bezirksvorsteherin Hempelmann begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung mit Schreiben vom 19.05.2009 form- und fristgerecht erfolgt und die Bezirksvertretung beschlussfähig sei.

Sie gratuliert Herrn Kleinesdar und Herrn Berenbrinker nachträglich zum Geburtstag.

-.-.-

Zu Punkt 1

Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Dornberg

Herr Hans-Jürgen Niemeier, Anlieger der Spandauer Allee erkundigt sich, was die Bezirksvertretung zu tun gedenke, um in seinem Wohnumfeld für eine angemessene Fahrgeschwindigkeit zu sorgen. Die Spandauer Allee sei zwar als Tempo-30-Zone ausgewiesen, die zulässige Höchstgeschwindigkeit werde aber von etlichen Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern nicht eingehalten. Hinzu komme, dass das Verkehrsaufkommen auf der Spandauer Allee auf Grund der Baustelle an der Wertherstraße deutlich zugenommen habe. Über die zu erwartenden Beeinträchtigungen seien die Anliegerinnen und Anlieger bedauerlicherweise nicht informiert worden.

Frau Hempelmann erwidert, dass nach ihrem Eindruck der Bau des Kreisverkehrs an der Einmündung Zehlendorfer Damm/Wertherstraße zügig voran schreite. Die Baumaßnahme werde daher bald abgeschlossen sein, so dass der zusätzliche Durchgangsverkehr durch die Spandauer Allee demnächst wieder entfallen werde. Die Ausweisung einer Tempo-30-Zone reiche nach ihrer Auffassung als Maßnahme zur Verkehrsberuhigung aus. Dass einzelne Autofahrerinnen und Autofahrer in Tempo-30-Zonen zu schnell fahren, sei ein generelles Problem.

Herr Niemeier entgegnet, dass es beim Passieren von am Fahrbahnrand geparkten Fahrzeugen immer wieder zu Beinaheunfällen mit zu schnell entgegen kommenden Fahrzeugen komme. Seine Anregung, Geschwindigkeitsmessungen vorzunehmen, sei von der Stadt Bielefeld mit der Begründung zurückgewiesen worden, auf Grund des kurvigen Verlaufs der Straße seien Geschwindigkeitskontrollen nicht möglich.

Frau Viehmeister verweist auf eine als Tischvorlage verteilte Stellungnahme des Amtes für Verkehr, wonach kommunale Geschwindigkeitsmessungen nur an Gefahrenpunkten zulässig seien. Entgegen der Aussage der Verwaltung existiere mit der Altenwohnanlage an der Dahlemer Straße sehr wohl eine schutzwürdige Einrichtung, weshalb kommunale Geschwindigkeitsmessungen doch zulässig sein müssten. Frau Viehmeister spricht sich vor diesem Hintergrund für mobile Geschwindigkeitsmessungen durch die Stadt Bielefeld aus.

Frau Hempelmann sagt zu, die Problematik an Polizei und Verwaltung weiterzuleiten.

Herr Peter Wunsche möchte wissen, was die Bezirksvertretung bisher dafür getan habe, dass das Einkaufszentrum am Lohmannshof nicht wei-

ter verkomme. Er habe der Presse entnommen, dass die derzeit noch als Parkplatz genutzte Fläche möglicherweise überbaut werden solle.

Frau Hempelmann verweist auf das von der Stadt Bielefeld beschlossene Einzelhandelskonzept, in dem der Bereich Lohmannshof als Nahversorgungszentrum eingestuft worden sei. Dass der Lohmannshof veröde, sei u. a. auf das Verhalten des privaten Eigentümers der Einzelhandelsimmobilie zurückzuführen. Weder die Bezirksvertretung noch die Verwaltung könnten hierauf Einfluss nehmen. Nur wenn private Investoren die entsprechende Bereitschaft zeigten, sei es möglich, neuen Einzelhandel anzusiedeln.

Das jetzt zur Diskussion stehende Grundstück gehöre der Bielefelder Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft mbH (BGW). Die Ansiedelung von Einzelhandel im Einkaufszentrum Lohmanns werde von der Bezirksvertretung ausdrücklich unterstützt.

Herr Wunsche plädiert dafür, seitens der Stadt Bielefeld eine Bedarfserhebung als Grundlage für potentielle Investoren in Auftrag zu geben.

Frau Hempelmann macht deutlich, dass im Rahmen der Aufstellung des Einzelhandelskonzeptes bereits eine Marktanalyse durchgeführt worden sei. Diese habe ergeben, dass die in Frage kommende Mantelbevölkerung nicht ausreiche, um einen Einzelhandelsbetrieb an diesem Standort wirtschaftlich zu führen.

Herr Hans-Werner Kulle äußert die Sorge, dass es schwierig werden könne, eine Umnutzung der derzeitigen Einzelhandelsimmobilie zu Wohnzwecken zu verhindern, wenn der Bebauungsplan für die zur Bebauung anstehende Parkplatzfläche mit dem Ziel geändert werde, Wohnbebauung zu ermöglichen.

Frau Hempelmann erwidert, dass der gültige Bebauungsplan ohnehin sowohl eine Wohnbebauung als auch die Schaffung von Einzelhandelsflächen zulasse.

Dem Vorschlag von Herrn Wunsche, statt eines offenbar nicht tragfähigen Vollsortimenters zumindest eine Grundversorgung anzustreben, begegnet Frau Hempelmann mit dem Hinweis, dass bereits verschiedene alternative Betriebsformen geprüft worden seien, die sich alle als nicht rentabel herausgestellt hätten.

Herr Sven Terlinden erkundigt sich mit Hinweis auf den zur Genehmigung anstehenden Dringlichkeitsbeschluss zum 2. Satzungsentwurf für die Neuaufstellung des Bebauungsplans Nr. II/G20 „Hochschulcampus Nord“, ob der Bezirksvertretung klar sei, dass durch die Solitärplanung für die Fachhochschule viele Parkplätze wegfallen würden. Da im ersten Bauabschnitt weniger als 1200 Parkplätze angelegt würden, sei mit gravierenden Auswirkungen auf die verkehrliche Erschließung zu rechnen.

Frau Hempelmann äußert, dass für ihre Entscheidung die zur Verfügung gestellte Verwaltungsvorlage maßgeblich gewesen sei. Die von Herrn Terlinden in den Raum gestellten Zahlen seien somit zunächst unerheblich. Frau Hempelmann kündigt an, die Dringlichkeitsentscheidung unter Tagesordnungspunkt 5 näher zu erörtern.

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 46. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 02.04.2009

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 02.04.2009 wird in Bezug auf Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3

Mitteilungen

1. Mit der Einladung versandte bzw. als Tischvorlage erhaltene Unterlagen

- Beschlussvorschlag Prioritätenliste
- Beschlussvorschlag „schulische Sondermittel“
- CD „Haushaltsplan 2009“ (*Tischvorlage*)
- Einladung zur Jubiläumsveranstaltung „60 Jahre Grundgesetz“ am 23.05.2009
- Fachbeitrag zur Spielflächenbedarfsermittlung (*Tischvorlage*)
- Einladung zur Diskussionsveranstaltung „Sozialticket für Bielefeld?“
- Schreiben von Frau Bezirksvorsteherin Hempelmann an das Nachbarschaftsnetzwerk vom 24.04.2009
- Antwortschreiben des Nachbarschaftsnetzwerkes vom 05.05.2009
- Einladung zum Ortstermin in Werther am 04.06.2009
- Schriftwechsel des Dezernates IV mit einer Bürgerin im Zusammenhang mit der Großdornberger Straße (*Tischvorlage*)
- Schriftwechsel des Amtes für Verkehr mit Anliegern der Spandauer Allee (*Tischvorlage*)

2. Mischwasserkanal Voßheide, Wertherstraße und Babenhauser Straße

Frau Busch-Viet kündigt an, dass in Kürze mit dem Bau des Mischwasserkanals begonnen werde. Die Angebotseröffnung sei am 27.04.2009 erfolgt.

3. Gewölbeinstandsetzung der Brücke Alte Jöllenbecker Straße (Nachfrage Herr Kleinesdar)

Auf Grund einer Nachfrage von Herrn Kleinesdar in der Sitzung der Arbeitsgruppe Stadtteilentwicklung lässt das Amt für Verkehr mitteilen, dass die Alte Jöllenbecker Straße für die Dauer der Instandsetzung des dortigen Brückengewölbes voll gesperrt werden müsse. Eine Umleitung des Verkehrs erfolge über die Untere Wende. Als voraussichtliche Bauzeit sei der Zeitraum vom 06.07.2009 bis zum 31.07.2009 geplant.

4. Deckensanierung Deppendorfer Straße

Mit der in zwei Abschnitten geplanten Deckensanierung der Deppen-

dorfer Straße soll im Juni 2009 begonnen werden. Der Abschnitt Süd erstreckt sich von der Wertherstraße bis zum Vulsiekshof. Der Abschnitt Nord umfasst den Straßenabschnitt zwischen Kampheide und Schloßstraße.

5. Deckensanierung Dornberger Straße

Die Decke der Dornberger Straße soll ebenfalls ab Juni 2009 in zwei Abschnitten saniert werden. Der Abschnitt Süd erstreckt sich von der Straße Hobergerfeld bis zum Kerkebrink. Der Abschnitt Nord umfasst den Straßenabschnitt zwischen Wiesengrund und Katzenstraße.

6. Beschluss des Rates zum Konjunkturpaket II

Frau Busch-Viet berichtet, dass der Rat der Stadt Bielefeld in seiner Sitzung am 23.04.2009 die Verwaltung beauftragt habe, zu prüfen, ob Möglichkeiten bestehen, die Freibäder Gadderbaum und Schröttinghausen im Rahmen des Konjunkturpaketes II zu sanieren.

7. Protokoll der Unfallkommission

Die Kreuzung Hainteichstraße/Babenhauser Straße ist als einzige Unfallhäufungsstelle im Stadtbezirk Dornberg in das aktuelle Protokoll der Unfallkommission aufgenommen worden. Da sich die registrierten 5 Unfälle mit Radfahrern vor der Installation der Lichtsignalanlage ereignet haben, empfiehlt die Unfallkommission, zunächst die Wirksamkeit der Ampelanlage abzuwarten.

8. Bewerbung der Stadt Bielefeld für das Bundesprogramm „Lernen vor Ort“

Frau Busch-Viet teilt mit, dass die Stadt Bielefeld daran interessiert sei, sich an dem vom Bund und vom Europäischen Sozialfond mit 60 Millionen Euro geförderten Programm „Lernen vor Ort“ zu beteiligen. Bielefeld gehöre zu den 59 von insgesamt 150 Bewerberstädten, die nach der Einreichung einer Projektskizze zur Ausarbeitung eines Projektantrages aufgefordert worden seien. Sollte die Bewerbung erfolgreich verlaufen, solle der in der Projektskizze beschriebene quartiersbezogene Bildungsansatz zunächst in 5 Quartieren erprobt werden. Hoberge-Uerentrup sei wegen seiner intakten Sozialstruktur neben drei sozial benachteiligten Quartieren und Jöllenbeck als eher ländlich strukturiertem Quartier als Startquartier vorgesehen.

9. Austausch Flutlichtmast gegen Mobilfunkmast an der Sportanlage Mühlenbrink

Frau Busch-Viet teilt mit, dass am 08.06.2009 auf der Sportanlage Mühlenbrink mit den Arbeiten zum Austausch eines Flutlichtmastes gegen einen Mobilfunkmast begonnen werde. Es handele sich um die Umsetzung einer bereits im Oktober 2007 in der Bezirksvertretung angekündigten Maßnahme.

Frau Selle erkundigt sich, ob es auch neue Informationen zum angestrebten Austausch der Sportplatzbeleuchtung gebe. Frau Busch-Viet sagt eine entsprechende Klärung zu.

10. Weihnachtsbaumsammelstelle in Schröttinghausen

Frau Busch-Viet berichtet, dass für die weggefallene Weihnachtsbaumsammelstelle in Schröttinghausen mittlerweile ein Ersatz gefunden worden sei. Auf Anregung des Initiativkreises Niederdornberg-Deppendorf-Schröttinghausen, habe sich der Umweltbetrieb bereit erklärt, auf dem Parkstreifen der Straße Sonnenhügel gegenüber den Häusern 4 bis 8 eine Sammelfläche auszuweisen. Der Standort solle nicht offensiv beworben werden, werde aber in die vom Umweltbetrieb veröffentlichte Liste von Sammelstellen aufgenommen.

11. Städtische Kindertagesstätte in Schröttinghausen

Frau Wilmsmeier teilt mit, dass in der städtischen Kindertagesstätte in Schröttinghausen noch zwei Kindergartenplätze unbesetzt seien. Das neue Mobiliar für unter dreijährige Kinder werde erst im nächsten Jahr zur Verfügung stehen.

Zu Punkt 4

Anfragen

Zu Punkt 4.1

Informationen zum Verfahrensstand beim Bau der Biogasanlage an der Deppendorfer Straße

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6980/2004-2009

Frau Hempelmann verliest die Anfrage der SPD-Fraktion:

„Wie ist der jetzige Verfahrensstand beim Bau der Biogasanlage an der Deppendorfer Straße und der dazugehörigen Gasleitung?“

Frau Stude berichtet, dass die Genehmigung für den Bau der Biogasanlage am 09.03.2009 erteilt worden sei. Der Beginn der Bauarbeiten sei zum 27.04.2009 angezeigt worden.

Die Zuständigkeit für den Verlauf der Biogasanlage liege infolge der nach Landschafts- und Wasserrecht zu beachtenden Kriterien beim Umweltamt, das den Trassenverlauf derzeit noch prüfe.

Zu Punkt 4.2

Verkehrliche Erschließung der Neubauten am Leihkamp

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6981/2004-2009

Frau Hempelmann verliest die Anfrage der SPD-Fraktion:

„Wie stellt sich die verkehrliche Erschließung des zweiten im Bau befindlichen Gebäudes an der Straße Leihkamp dar?“

Das Bauamt lässt hierzu mitteilen, dass das zweite im Bau befindliche Gebäude über den in Nord-Süd-Richtung verlaufenden Abschnitt der Straße Leihkamp erschlossen werden solle. Die Zufahrt sei gegenüber dem Haus Nr. 7 geplant. Die Bezirksvertretung Dornberg habe in ihrer Sitzung am 04.12.2008 den Ausbaustandard der Straße Leihkamp beschlossen. Die Herstellung der Erschließungsanlage sei in einem Erschließungsvertrag geregelt worden. Danach habe sich der Investor ver-

pflichtet, die Anlagen bis zum 31.12.2010 herzustellen. Die Herstellung der Straße erfolge damit nach Abschluss der Baumaßnahmen auf den Grundstücken.

-.-.-

Zu Punkt 4.3

Informationen zum Abbau der "Skater-Anlage" am Jugendheim Wellensiek

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6982/2004-2009

Frau Hempelmann verliest die Anfrage der SPD-Fraktion:

„Warum ist die auch mit bezirklichen Mitteln errichtete „Skater-Anlage“ am Jugendheim Wellensiek abgebaut worden?

Wird es eine Ersatz-Anlage bzw. ein Ersatz-Projekt geben und gewährt das Jugendamt dazu einen Zuschuss?“

Frau Busch-Viet teilt im Auftrag des Amtes für Jugend und Familie mit, dass die durch den Trägerverein der Offenen und Mobilien Arbeit mit Kindern und Jugendlichen e. V. (Mobi-Nord) betriebene Skater-Anlage schon seit geraumer Zeit nicht mehr den zahlenmäßigen Zuspruch gefunden habe, der einen Weiterbetrieb der Anlage gerechtfertigt hätte. Die Anlage sei darüber hinaus von Jugendlichen nicht immer Zweck entsprechend genutzt worden, was wiederholt zu Unfällen geführt habe. Im Rahmen der allgemeinen Verkehrssicherungspflichten könne der Betreiber der Anlage zur Haftung bei Personen- und Sachschäden herangezogen werden. Für eine Sicherung der Anlage seien ebenso wie für die wiederkehrenden Instandsetzungsarbeiten unverhältnismäßig hohe Kosten zu erwarten gewesen. In Abstimmung mit der Mobi-Nord sei die Anlage daher demontiert worden. Die erhaltenswerten Teile seien eingelagert worden, um sie gegebenenfalls zur Erweiterung oder Sanierung anderer Skater-Anlagen nutzen zu können. Der Wegfall der Anlage bedürfe keiner Kompensation, da sich das Nutzungsverhalten im betroffenen Umfeld geändert habe. Sollte zukünftig eine Gruppe jüngerer Jugendlicher Bedarf an einer Skater-Anlage anmelden, sei eine Wiederaufnahme des Angebotes denkbar.

-.-.-

Zu Punkt 4.4

Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen zur Geschwindigkeitsreduzierung an der Großdornberger Straße

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6983/2004-2009

Frau Hempelmann verliest die Anfrage der CDU-Fraktion:

„Die Anwohner der Großdornberger Straße beklagen weiterhin ein zu schnelles Fahren in der Tempo-30-Zone.

Wann werden die von der Bezirksvertretung beschlossenen zusätzlichen Maßnahmen auf der Großdornberger Straße umgesetzt?“

Frau Busch-Viet teilt im Auftrag des Dezernates Planen und Bauen mit, dass das der Initiative „Sichere Großdornberger Straße“ zugesagte Baumtor in Höhe des ehemaligen Gemeinschaftshauses an der Großdornberger Straße angelegt werden solle. Hierfür werde die Fahrbahn auf der südlichen Seite eingengt, wodurch die Fahrbahnbreite auf 4,25 Meter reduziert werde. Zur Erzielung der angestrebten Torwirkung solle auf

der gegenüberliegenden, zum Freibad gehörenden Grünfläche ein zusätzlicher Baum gepflanzt werden. Die vorhandene Bushaltestelle müsse in Richtung Spandauer Allee verschoben werden. Die Planung für das Baumtor sei abgeschlossen. Die Maßnahme solle im Sommer 2009 realisiert werden.

Die von der Bezirksvertretung beschlossene Markierung von wechselseitigen Parkboxen solle vorgenommen werden, sobald das Baumtor angelegt und die Bushaltestelle verlegt worden sei.

Angesichts des Einwandes von Herrn Kleinesdar, dass im Falle der Pflanzung lediglich eines Baumes nicht von einem Tor gesprochen werden könne, wird von anderen Mitgliedern der Bezirksvertretung auf die im geplanten Torbereich bereits vorhandenen Bäume hingewiesen.

Frau Hempelmann äußert abschließend die Hoffnung, dass mit der Beantwortung der Anfrage das Thema Verkehrsberuhigung auf der Großdornberger Straße endgültig erledigt sei.

-.-.-

Zu Punkt 4.5

Instandsetzung der Heizung und einzelner Duschen im Freibad Dornberg

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6984/2004-2009

Frau Hempelmann verliest die Anfrage der CDU-Fraktion:

„Von Benutzern des Dornberger Freibades wird moniert, dass die Heizung zur Zeit ohne Funktion ist und die Duschen teilweise defekt sind. Wann ist mit einer Instandsetzung zu rechnen?“

Frau Busch-Viet führt aus, dass der Vorsitzende des Freibadfördervereins Herr Wiefel sowie die Herren Bruns und Dr. Stern von der Bielefelder Bäder und Freizeit GmbH (BBF) bestätigt hätten, dass zwei Duschen im Sanitärbereich für Herren reparaturbedürftig seien. Eine Dusche funktioniere zwar, könne aber nicht verstellt werden, die zweite Dusche sei derzeit nicht funktionsfähig. Die Reparatur habe sich auf Grund der dem verantwortlichen Installateur nach VOB einzuräumenden Nachbesserungsfrist verzögert.

Dass in den ersten Tagen des Freibadbetriebes die angestrebte Wassertemperatur von 23 Grad nicht erreicht worden sei, habe an den niedrigen Nachttemperaturen von maximal 6 Grad in Verbindung mit dem Ausfall eines Wärmetauschers der Heizungsanlage gelegen. Mittlerweile gebe es keine Probleme mehr, das Wasser wie gewünscht zu erwärmen.

Herr Kleinesdar äußert, dass ihn die Antwort nicht zufrieden stelle, da es bereits seit 12 Monaten Probleme mit den Duschen gebe. Dass notwendige Reparaturen bisher nicht durchgeführt worden seien, führe er auf ein schlechtes Badmanagement zurück.

-.-.-

Zu Punkt 4.6

Pläne für die nördliche Verkehrsanbindung des Hochschulcampus Lange Lage

- Information der Verwaltung zum Stand des Verfahrens -

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6987/2004-2009

Frau Hempelmann verliest die Anfrage der CDU-Fraktion:

„Gemäß Beschluss der Bezirksvertretung Dornberg wurde die Verwaltung aufgefordert, die nördliche Verkehrsanbindung des Hochschulcampus Lange Lage so zu planen, dass eine zusätzliche Belastung der benachbarten Wohngebiete vermieden wird.

Wann wird diese Planung der Bezirksvertretung Dornberg vorgestellt?“

Frau Busch-Viet erläutert, dass nach Auskunft des Amtes für Verkehr zur nördlichen Erschließung vorrangig der Ausbau der Dürerstraße einschließlich der Anbindung der Wittebreite und der Knotenpunkt Dürerstraße/Schloßhofstraße sowie der Ausbau der Schloßhofstraße gehöre. Derzeit werde vorrangig die für die Realisierung des ersten Bauabschnittes (Fachhochschule) erforderliche südliche Erschließung geplant.

Da die nördliche Erschließung weitestgehend dem nördlichen Bauabschnitt diene und da vorgesehen sei, diesen erst mit der Realisierung der Stadtbahnverlängerung umzusetzen, sei die parallele Planung und Planfeststellung von nördlicher Straßenerschließung und Stadtbahnverlängerung vorgesehen.

Mit der politischen Beratung zur Einleitung der Planfeststellung der Stadtbahn, die auch die Straßenplanung der Dürerstraße vom Hochschulcampus bis zum Knoten Schloßhofstraße umfasse, sei voraussichtlich erst im Laufe des Jahres 2010 zu rechnen.

-.:-

Zu Punkt 5

Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidungen Nr. 3 der Bezirksvertretung Dornberg, Nr. 2 der Bezirksvertretung Schildesche und Nr. 141 des Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses (UStA) zur Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. II/G 20 "Hochschulcampus Nord"

- Stadtbezirk Dornberg -

2. Entwurfsbeschluss

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6911/2004-2009

Frau Bezirksvorsteherin Hempelmann verliest den Beschlussvorschlag.

Herr Steinkühler äußert, seine Fraktion nehme die Tatsache, dass die Bezirksvorsteherin und ihr Vertreter dem 2. Satzungsentwurf für die Neuaufstellung des Bebauungsplans Nr. II/G20 „Hochschulcampus Nord“ per Dringlichkeitsentscheidung zugestimmt hätten, zur Kenntnis, ohne mit dieser Entscheidung einverstanden zu sein.

Bereits im Zuge der Erörterung des ersten inhaltlich weitgehend identischen Satzungsentwurfes habe die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erhebliche Einwände u. a. bezüglich der Verkehrsplanung, aber auch im Hinblick auf die Kapazitätsberechnungen für die Stadtbahn vorgebracht. Die fehlende Nordanbindung werde dazu führen, dass die umliegenden Straßen verstärkt durch Verkehr belastet würden. Seine Fraktion halte die mittlerweile wieder favorisierte Schrankenlösung für nicht sicher. Weiter sei zu bemängeln, dass Planungsalternativen nicht berücksichtigt worden seien. Die Verwaltung werde unnötigem Zeitdruck ausgesetzt und die verkürzte Offenlegung führe dazu, dass betroffene Bürger nur 14 Tage Zeit hätten, sich mit einem so bedeutsamen Projekt zu befassen. Unter diesen Umständen könne die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Dring-

lichkeitsbeschluss nicht mittragen.

Frau Selle bittet darum, für die anwesenden Zuhörerinnen und Zuhörer zu erläutern, dass lediglich ein einzelner Punkt, der eine erneute Offenlage erforderlich gemacht habe, geändert worden sei. Die übrigen Teile der Ursprungsvorlage seien bereits früher von der Bezirksvertretung ausführlich diskutiert worden.

Frau Warnecke vom Bauamt legt dar, dass sich mittlerweile herausgestellt habe, dass das Planfeststellungsverfahren für die Verlängerung der Stadtbahn und den Ausbau der Dürerstraße nicht zeitgleich mit der Aufstellung des Bebauungsplanes zum Abschluss gebracht werden könne. Um für die Nachbarschaft deutlich zu machen, dass im ersten Bauabschnitt nur die Planbestandteile realisiert würden, die bereits erschlossen seien, also auf dem bestehenden Verkehrsnetz abgewickelt werden könnten, solle auf der Grundlage des § 9 II BauGB eine bedingte Zulässigkeit der Nutzungen in den Baugebieten SO 2 und SO 3 festgesetzt werden.

In Modul 1 sei eine eigene Tiefgarage für die Fachhochschule vorgesehen. Auf Grund der bedingten Zulässigkeit dürfe die Anbindung der Tiefgarage an die Dürerstraße nicht hergestellt werden. Vor diesem Hintergrund sei es erforderlich gewesen, erneut ein Verkehrsgutachten zu beauftragen und dessen Ergebnisse offenzulegen. Das Gutachten habe ergeben, dass keine nennenswerten Veränderungen in Bezug auf die Verkehrsbelastung zu erwarten seien.

Da Modul 2 nicht mitgebaut werden dürfe, entfalle ein Teil der motorisierten Individualverkehre.

Die verkürzte Offenlage sei angesichts der nur sehr begrenzten Änderung gegenüber dem Entwurfsbeschluss aus Sicht der Verwaltung auf jeden Fall vertretbar, da lediglich zu der Ergänzung der Begründung Stellungnahmen möglich gewesen und auch eingegangen seien.

Darauf hin ergeht folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg genehmigt die durch die Bezirksvorsteherin, Frau Hempelmann, und den stellvertretenden Bezirksvorsteher, Herrn Fortmeier, getroffene Dringlichkeitsentscheidung Nr. 3 vom 28. April 2009.

- mit Mehrheit beschlossen -

-:-:-

Zu Punkt 6

Anträge

Zu Punkt 6.1

Anlage eines Kreisverkehrs an der Kreuzung Schröttinghauser Straße/ Beckendorfstraße

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6985/2004-2009

Frau Hempelmann verliest den Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion. Herr Berenbrinker verweist darauf, dass sich die Bezirksvertretung in den zurückliegenden Jahren mehrfach für die Anlage eines Kreisverkehrs an der Kreuzung Schröttinghauser Straße/ Beckendorfstraße ausgesprochen habe.

Angesichts der Erfahrungen an der Wertherstraße sehe seine Fraktion

jetzt die Chance, den gewünschten Kreisverkehr im Zuge der für das Jahr 2010 angekündigten Deckensanierung an der Schröttinghauser Straße zu realisieren. Auch wenn es in der Vergangenheit anderslautende Stellungnahmen gegeben habe, müssten die zur Verfügung stehenden Flächen für die Anlage eines Kreisverkehrs eigentlich ausreichen.

Herr Fortmeier betont, dass jeder Antrag, der einen von der SPD-Fraktion bereits in der Legislaturperiode 1994 -1999 geforderten Kreisverkehr an der Kreuzung Schröttinghauser Straße/Beckendorfstraße zum Ziel habe, unterstützenswert sei. Seinerzeit habe es leider sowohl seitens des Landesbetriebes als auch von der damaligen CDU-Fraktion Vorbehalte gegen den Vorschlag der SPD-Fraktion gegeben.

Frau Wilmsmeier, Herr John und Frau Hempelmann äußern sich ebenfalls zustimmend zum Antrag der CDU-Fraktion.

Auf Vorschlag von Frau Viehmeister, die darauf hinweist, dass sich in der Vergangenheit alle Fraktionen und Gruppen für das Vorhaben stark gemacht hätten, kommen die Mitglieder der Bezirksvertretung überein, den Antrag in einen gemeinsamen Antrag umzuwandeln.

Anschließend ergeht folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg bittet die Verwaltung, in Abstimmung mit dem Landesbetrieb Straßen NRW bei der im Jahre 2010 geplanten Sanierung und Deckenerneuerung der Schröttinghauser Straße die Kreuzung Schröttinghauser Straße/ Beckendorfstraße als Kreisverkehr umzubauen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 6.2

Integration einer Einzelhandelsfläche in das von der BGW geplante Bauvorhaben am Lohmannshof

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6978/2004-2009

Frau Hempelmann verliest den Antrag der SPD-Fraktion

Frau Selle begründet diesen mit dem Hinweis, dass keine andere Möglichkeit bestehe, auf die Bielefelder Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH (BGW) als Eigentümerin der Fläche Einfluss zu nehmen. Nachfragen hätten darüber hinaus ergeben, dass die Bedarfserhebung der BGW bei potentiellen Ladenbetreibern bereits 3 bis 4 Jahre zurückliege und bei der Bedarfsabschätzung auch das Einzelhandelskonzept, das den Standort als Nahversorgungszentrum einstuft, nicht berücksichtigt worden sei.

Herr John zeigt sich verwundert, dass es offenbar bereits konkrete Planungen seitens der BGW gebe. Er bedauert, dies aus der Presse erfahren zu müssen und fordert die Verwaltung auf, die Bezirksvertretung schnell und umfassend zu informieren.

Das geplante Vorhaben sehe er mit gemischten Gefühlen. Zum einen halte er es für wichtig, zu prüfen, ob der auf den Parkflächen am Lohmannshof durchgeführte Wochenmarkt durch die Schaffung einer Einzelhandelsfläche negativ beeinflusst werde. Weiter sei zu berücksichtigen, dass eine Bebauung in diesem Bereich die in der Vergangenheit als Qualitätsmerkmal hervorgehobene Sichtachse in Richtung Hof Hallau beeinträchtige.

Frau Wilmsmeier äußert, auch sie habe erst aus der Presse von dem BGW-Vorhaben erfahren. Sie legt Wert darauf, dass die mögliche Neuausweisung von Verkaufsflächen nicht zu einem Verdrängungseffekt für die noch verbliebenen Läden am Lohmannshof führen dürfe.

Herr Berenbrinker sieht einen Widerspruch darin, die Integration einer zusätzlichen Einzelhandelsfläche in die geplante Wohnbebauung zu fordern während es gleichzeitig nicht gelinge, die vorhandene Einzelhandelsfläche wiederzubeleben. In Anbetracht der Tatsache, dass der Zuschnitt des vorhandenen Ladenlokals für Einzelhandelsbetreiber nicht optimal sei, halte er es aber für vertretbar, nach Alternativen zu suchen. Vorab sei es sinnvoll, potentielle Interessenten noch einmal im Hinblick auf ihre Investitionsbereitschaft zu befragen.

Herr Fortmeier betont, dass das von der BGW geplante Gebäude mit dem in der Vergangenheit ausführlich diskutierten gültigen Bebauungsplan vereinbar sei. Seinerzeit seien im Rahmen eines Wettbewerbes auch interessante Vorschläge gemacht worden, wie der übrige Platz gestaltet werden könne. Die im Falle einer Realisierung der damaligen Vorschläge hiermit verbundene Attraktivitätssteigerung des Areals komme dem gesamten Quartier zu Gute.

Das Vorhaben der BGW dürfe die Bezirksvertretung eigentlich nicht überraschen, da die Wohnungsbaugesellschaft mehrfach geäußert habe, dort bauen zu wollen, das Projekt wegen anderer Vorhaben in der Stadt aber zurückgestellt habe. Er plädiere jedenfalls dafür, die Platzgestaltung - wie in der Vergangenheit erörtert - anzugehen.

Ebenso wie Herr Berenbrinker bestätigt Herr John, dass ihm die Planungen der BGW grundsätzlich bekannt gewesen seien, auf Grund der Presseberichterstattung habe er allerdings den Eindruck gewonnen, dass es jetzt konkret werde. Er formuliert einen Zusatzantrag, wonach die Bezirksvertretung durch die Verwaltung umfassend und zeitnah zu informieren sei.

Unter Berücksichtigung des redaktionellen Hinweises von Frau Selle, das Wort „nicht“ hinter „Lohmannshof“ zu streichen fasst die Bezirksvertretung folgenden ergänzten

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg bittet die Bauverwaltung, mit der BGW Kontakt aufzunehmen und zu prüfen, ob bei dem von der Gesellschaft geplanten Bauvorhaben auf dem Gelände vor dem Einkaufszentrum Lohmannshof eine Fläche für einen „Nahversorger“ integriert werden kann. Dabei ist das neue Einzelhandelskonzept zu berücksichtigen. Die Verwaltung wird gebeten, bei potentiellen Interessenten noch einmal den Bedarf an Gewerbeflächen zu erfragen.

- einstimmig beschlossen -

Anschließend fasst die Bezirksvertretung folgenden zusätzlichen

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, über auf dem Gelände vor dem Einkaufszentrum Lohmannshof geplante Baumaßnahmen umfassend und zeitnah zu informieren.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6.3

Pflegeauftrag für die städtische Fläche vor der Seniorenwohnanlage Dahlemer Straße

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6979/2004-2009

Frau Hempelmann verliert den Antrag der SPD-Fraktion.

Frau Selle führt aus, dass Anwohnerinnen und Anwohner den schlechten Pflegezustand der Fläche bemängelt hätten.

Ohne weitere Diskussion fasst die Bezirksvertretung folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg bittet den Umweltbetrieb, die städtische Fläche mit dem Teich vor der Seniorenwohnanlage Dahlemer Straße dringend einer Grundpflege zu unterziehen und sie dann pflegeleichter zu gestalten. Danach sollte geprüft werden, ob die Fläche evtl. zur Pflege an die BGW abgegeben werden kann.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6.4

Verbesserte Linienführung der Buslinie 24

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7007/2004-2009

Frau Hempelmann verliert den gemeinsamen Antrag aller in Bezirksvertretung vertretenen Fraktionen und Gruppen. Anlass hierfür sei die Klage von Bürgerinnen und Bürgern aus dem Twellbachtal über das Fehlen einer regelmäßigen Busverbindung gewesen. Die stattdessen angebotenen Anruflinienfahrten würden von der Bevölkerung nicht angenommen. Mittels des zu erteilenden Prüfauftrages solle die Suche nach alternativen Lösungen initiiert werden.

Herr John ergänzt, dass die Bezirksvertretung sich unabhängig von den aktuellen Klagen der Anliegerinnen und Anlieger seit Jahren für eine verbesserte Streckenführung der Buslinie 24 einschließlich einer Anbindung an die Stadtbahnlinie 4 ausgesprochen habe.

Er verspreche sich von einer Prüfung der Linienführung gegebenenfalls auch eine Lösung für die unbefriedigende Busverknüpfungssituation vor dem Bürgerzentrum. Unter Umständen könne auf die geplante Verlagerung des Busverknüpfungspunktes an die Einmündung des Vulsiekshofs in die Babenhauser Straße verzichtet werden.

Ohne weitere Diskussion fasst die Bezirksvertretung folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg bittet die Verwaltung, Kontakt mit MoBiel aufzunehmen mit dem Ziel, folgende Anpassungen in Bezug auf die Versorgung des Bereichs Twellbachtal mit öffentlichem Personennahverkehr prüfen zu lassen:

- 1. regelmäßige Busversorgung des Wohngebietes Twellbachtal**
- 2. Anbindung der Linie 24 an die Stadtbahnlinie 4**
- 3. Angebot einer Quartiersbusverbindung über die Straßen „Twell-**

bachtal“, „Poetenweg“ und „Auf der Egge“ mit Anbindung an die Stadtbahnlinie 4

- einstimmig beschlossen -

-:-:-

- - - - -

Die Beratung von Tagesordnungspunkt 8 wird vorgezogen, da die Berichterstatterin der Verwaltung zu Tagesordnungspunkt 7 noch nicht erschienen ist.

- - - - -

Zu Punkt 7

Programm der Volkshochschule - Nebenstelle Dornberg - Studienjahr 2009/2010

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6772/2004-2009

Frau Groth, Leiterin der Nebenstelle Dornberg der Volkshochschule bezieht sich auf einen aktuellen Pressebericht, wonach die Volkshochschule im Stadtbezirk populär sei und insbesondere in den Kernbereichen Sprachen, Literatur und Yoga konstant genutzt werde.

Dass die Zahl der im Jahr 2008 erteilten Unterrichtsstunden dennoch leicht rückläufig gewesen sei, begründet Frau Groth u. a. mit dem Rückgang themenspezifischer Wanderungen, die mittlerweile in einem anderen Stadtbezirk durchgeführt würden.

Darüber hinaus sei das Interesse an Angeboten im Bereich Kochen rückläufig. Hierbei handele es sich allerdings um einen generellen Trend, da die Zahl der entsprechenden Kurse stadtweit um ca. 40 % zurückgegangen sei. In Dornberg komme erschwerend hinzu, dass die Küchennutzung in der Grundschule Babenhausen nach wie vor problematisch sei.

Frau Groth führt aus, dass für das Studienjahr 2008/2009 neu geplante Angebote bedauerlicherweise nur zögerlich bzw. gar nicht angenommen worden seien. Auch die angestrebte Kooperation mit der Breitensportgemeinschaft habe sich leider nicht bewährt.

Angesichts der Tatsache, dass in Dornberg keine über den europäischen Sozialfond finanzierten Kurse und auch kaum Kurse „Deutsch für Ausländer“ angeboten, sondern überwiegend Kernangebote nach dem Weiterbildungsgesetz gemacht würden, habe sich die Nebenstelle in Dornberg aber gut behauptet.

Im bisher nur schwach vertretenen Fachbereich 1 solle versucht werden, ein Selbstbehauptungstraining für Frauen ins Angebot aufzunehmen.

Im Fachbereich Kunst gebe es Überlegungen, 2010 erneut eine Ausstellung von Teilnehmerarbeiten durchzuführen.

Ein Schwerpunkt des Programmangebotes liege nach wie vor im Fachbereich „Bewegung und Gesundheit“. Mit 401 Unterrichtsstunden bildeten die klassischen Fremdsprachen Englisch, Französisch, Italienisch und Spanisch die zweite Säule des Angebotes. Frau Groth bedauert, dass es leider immer noch Klagen über die Akustik in den VHS-Räumen im Bürgerzentrum gebe. Sie bittet zu prüfen, ob es über die ergriffenen Maßnahmen hinaus noch weitere Verbesserungsmöglichkeiten gebe.

Herr John äußert, dass die beschriebenen Akustikprobleme unbedingt aufzugreifen und an den Immobilienservicebetrieb weiterzuleiten seien.

Frau Busch-Viet legt dar, dass der Immobilienservicebetrieb alle relevan-

ten Räume mit schalldämmenden Deckenelementen nachgerüstet habe. Anschließende Messungen hätten eine deutliche Verbesserung der Akustik bestätigt.

Herr Steinkühler verweist auf eigene Erfahrungen, wonach Sprachkurse durch Akustikprobleme massiv beeinträchtigt würden. Er vertritt die Auffassung, dass die Isolierung der Raumtüren verbessert werden müsse.

Frau Selle regt an, die Breitensportgemeinschaft um eine Anpassung der Anfangszeiten von Kursen zu bitten. Ein größerer Puffer zwischen den einzelnen Kursen könne helfen, Störungen durch wartende Kursteilnehmerinnen und Kursteilnehmer zu reduzieren.

Herr Berenbrinker äußert, dass technische Probleme im Gebäude nicht Gegenstand des Tagesordnungspunktes seien und daher bei anderer Gelegenheit zu erörtern seien. Er stellt einen Antrag zur Tagesordnung, das Programm der Volkshochschule zu verabschieden.

Darauf hin ergeht folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg beschließt das VHS-Programm für den Stadtbezirk Dornberg.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Abschluss eines städtebaulichen Vertrages nach § 11 BauGB mit dem BLB Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW zum Bebauungsplan Nr. II/ G 20 "Hochschulcampus Nord" -Stadtbezirk Dornberg -

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6988/2004-2009

Frau Warnecke vom Bauamt führt aus, dass der zur Beschlussfassung anstehende städtebauliche Vertrag mit dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes Nordrhein-Westfalen bereits in der Februarsitzung der Bezirksvertretung auf der Tagesordnung gestanden habe. Damals habe das Gremium im Zusammenhang mit der Ausgestaltung der öffentlichen Platzfläche im Umfeld der Stadtbahnhaltestelle Wellensiek Nachberatungsbedarf gesehen. Auf Grund ihres seinerzeitigen Informationsstandes habe die Bezirksvertretung eine durch Schranken gesicherte Querung des Haltestellenbereiches für nicht sicher gehalten und dafür plädiert, alternativ den Bau einer Brücke vorzusehen. Die Bauverwaltung habe darauf hin beide Varianten einer ausführlichen Prüfung unterzogen. Schon im Rahmen der Auslobung des städtebaulichen Wettbewerbes für den Hochschulcampus Bielefeld sei festgelegt worden, dass die zur Diskussion stehende Platzfläche als attraktive Verbindung zwischen dem Universitätsstammgelände und dem neuem Hochschulcampus zu gestalten sei. Die Platzfläche sei ein wesentliches Element der für den siegreichen Entwurf prägenden sogenannten Perlenkette. Das Erfordernis einer attraktiven Verbindung sei in Einklang zu bringen mit der Notwendigkeit, den Platz an drei Stellen zu queren. Neben den Wegebeziehungen zu den beiden Enden des Stadtbahnhochbahnsteiges müsse eine Querung des Gleiskörpers und der Straße in Verlängerung der geplanten Promenade ermöglicht werden.

Auch im Falle einer Brückenlösung müsse das Erreichen der Haltestelle

ermöglicht werden. Auf Grund der topografischen Verhältnisse könne die Brückengestaltung an der Haltestelle Universität nicht auf die Haltestelle Wellensiek übertragen werden. Während an der Universität durch die dort vorhandene Brücke die Höhendifferenz zwischen der Haltestelle und dem Eingang der Universität überwunden werde, liege die Haltestelle Wellensiek auf dem gleichen Niveau wie die geplante Fachhochschule. Nach einem für die Querung des Gleiskörpers und der Straße erforderlichen Anstieg sei daher ein anschließender Abstieg erforderlich, so dass die Akzeptanz einer Brücke durch die potentiellen Nutzerinnen und Nutzern fraglich sei.

Unabhängig hiervon habe die Bauverwaltung beide in Betracht kommenden Varianten mit der technischen Aufsichtsbehörde abgestimmt und an Hand verschiedener Kriterien geprüft.

Grundannahme hierbei sei gewesen, dass täglich bis zu 3.000 Fußgängerquerungen in Richtung Haltestelle und ca. 3.800 Fußgängerquerungen in Richtung Mensa abzuwickeln seien, wobei sich für letztere eine Konzentration in der Mittagszeit ergebe.

Auf Nachfrage von Herrn John erläutert Frau Warnecke, dass an der Fachhochschule mit 5.500 Studierenden gerechnet werde.

Die Investitionskosten für einen mit jeweils zwei Halbschranken, Andreaskreuz und Signalisierung ausgestatteten Übergang beliefen sich auf ca. 400.000 Euro. Hinzu kämen jährliche Betriebskosten von 7.500 Euro. Demgegenüber sei beim Bau einer Brücke mit Investitionskosten in Höhe von 3 bis 5 Millionen und jährlichen Betriebskosten in Höhe von 40.000 Euro zu rechnen.

Eine der Abwicklung der Fußgängerströme dienende Brücke werde eine Breite von 6 Metern und eine maximale Steigung von 6 % haben. Unter diesen Voraussetzungen ergebe sich eine Brückenlänge von 134 Metern. Hinzu kämen etwa 70 Meter für Rampen. Sollte die Brücken-Variante beschlossen werden, müsse der Bebauungsplan entsprechend geändert werden.

Auf Nachfrage von Herrn Gieselmann erläutert Frau Warnecke, dass Schranken auf Grund entsprechender Normen zwingend rot-weiß sein müssten. Da der Platz gleichzeitig ein attraktiver Eingangsbereich für den Hochschulbereich werden solle, schlage das beauftragte Planungsbüro Gnüchtl die Integration der geöffneten Schranken in ein Tor vor.

Auch wenn beide Varianten Vor- und Nachteile hätten, sei aus städtebaulicher Sicht eine Quermöglichkeit ohne Brücke vorzuziehen. Nur bei einer niveaugleichen Querung lasse sich das Ziel, die beiden Hochschulstandorte durch eine breite Promenade zu verbinden, realisieren. Es sei beabsichtigt, auf der 10 Meter breiten Promenade verschiedene Nutzungsbereiche durch unterschiedliche Beläge kenntlich zu machen.

Frau Selle äußert, sie halte die ursprünglich von ihr favorisierte Brücke nach der bereits in der letzten Sitzung der Lenkungsgruppe erfolgten ausführlichen Information über Kosten und Nutzungsprobleme nicht mehr für die ideale Lösung. Sie bittet, noch einmal ausführlicher zu erläutern, wie die angestrebte Verbindungswirkung erzielt und wie die geplante Promenade nach der Querung der Straße fortgesetzt werden solle.

Herr Berenbrinker äußert, dass der öffentliche Platz im Bereich der Haltestelle Wellensiek nach seinem Verständnis eine von allen Verkehrsteilnehmern gleichberechtigt zu nutzende Fläche werden solle.

Auf Nachfrage von Frau Selle erläutert Frau Warnecke, dass die Einmündung des Zehlendorfer Damms in den Hochschulcampus als eine

Art Mischverkehrsfläche ausgestaltet werden solle.

Herr Steinkühler gibt zu bedenken, dass Kraftfahrzeuge insbesondere stadtauswärts erfahrungsgemäß viel zu schnell in Richtung Haltestelle führen. Hinzu komme das Problem, dass zu stark frequentierten Zeiten mit vielen Wartenden auf der Mischverkehrsfläche zu rechnen sei.

Frau Hempelmann wendet ein, dass dem Problem mit der Anordnung von Tempo-30 für den betroffenen Straßenabschnitt begegnet werden solle.

Frau Warnecke ergänzt, dass durch Umlaufsperrern, für die sie unterschiedliche bereits vorliegende Gestaltungsvorschläge präsentiert, zusätzlich Sicherheit erreicht werden solle.

Herr Glasl vom Amt für Verkehr erläutert anschließend an Hand von Folien die vorgenommene Abschätzung von Verkehrsströmen sowie die mögliche bauliche Ausgestaltung des Platzes.

Es sei vorgesehen, die beiden Haltestellenabgänge mit einer Vorrangregelung für Fußgänger zu versehen. Der durch entsprechende optische Gestaltung wie eine Mischverkehrsfläche wirkende Eingang in die Promenade werde an drei Stellen mit Fußgängerquerungen versehen.

Die vergleichbare Querungssituation am Niederwall, die allerdings durch erheblich höhere Kraftfahrzeugzahlen gekennzeichnet sei, funktioniere weitgehend störungsfrei.

Frau Wilmsmeier problematisiert die Höhe der vorgestellten Umlaufsperrern im Hinblick auf Rollstuhlfahrer und Fahrrad fahrende Kinder. Konflikte seien darüber hinaus auf Grund der Konzentration von Zebrastreifen auf einer relativ kleinen Fläche zu erwarten. Diese würden erfahrungsgemäß von Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrern in hohem Tempo überfahren. Sie plädiere daher dafür, die erwarteten Verkehrsströme stärker zu bündeln.

Frau Viehmeister spricht sich ebenfalls dafür aus, die Zahl der Querungshilfen zu reduzieren. Als Begründung führt sie u. a. den notwendigen Schutz der das Gelände des VfR Wellensiek ansteuernden Kinder an.

Frau Krause spricht sich aus optischen Gründen, aber auch aus Praktikabilitätserwägungen gegen eine Brücke aus. Sie äußert darüber hinaus Bedenken hinsichtlich der beispielhaft gezeigten Umlaufsperrern. Diese seien zu hoch und schafften somit Angsträume.

Frau Warnecke erwidert, dass die endgültige Gestaltung der Formenelemente auf jeden Fall mit der Bezirksvertretung abgesprochen werde.

Frau Selle bezeichnet es zwar als reizvoll, über Gestaltungselemente zu sprechen, weist aber gleichzeitig darauf hin, dass diese für den zur Diskussion stehenden städtebaulichen Vertrag keine Relevanz hätten.

Frau Warnecke führt darauf hin aus, dass es um § 1 Punkt 3 des Vertragsentwurfes gehe. In diesem werde der Ausbau der öffentlichen Platzfläche Zehlendorfer Damm/Wellensiek geregelt.

Herr Fortmeier legt dar, dass der Abschluss eines städtebaulichen Vertrages mit dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb bereits Gegenstand der Sitzung der Bezirksvertretung im Februar gewesen sei. Seinerzeit sei mit Mehrheit beschlossen worden, eine Brückenlösung in den Vertragsentwurf aufzunehmen. Die damalige Entscheidung sei auf die unzureichende Information durch die Verwaltung zurückzuführen gewesen. Zwischenzeitlich bestehe auf Grund der mittlerweile ausführlicheren Informationen Einigkeit, dass eine Brücke nicht die beste Lösung sei.

Der Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss habe die Beratung der Vorlage angesichts der abweichenden Empfehlungen aus Dornberg und Schildesche zunächst ausgesetzt.

In Anbetracht der inzwischen verfügbaren Informationen spreche vieles dafür, den Platz so zu gestalten, wie jetzt vorgeschlagen, Der Beschluss aus der Februarsitzung sei daher nur insoweit zu korrigieren.

Herr Steinkühler hält die der Planung zugrunde gelegten Zahlen teilweise für nicht plausibel. Dennoch komme eine Brückenlösung schon allein deshalb nicht mehr in Frage, da hierfür der Bebauungsplan geändert werden müsse, was mit dem aufgestellten Zeitplan nicht vereinbar sei.

Die aus dieser Not geborene Lösung beinhalte nach seiner Auffassung keine verbindenden Elemente, sondern stelle eine klare Barriere dar.

Frau Hempelmann bezieht sich auf die Ausführungen von Frau Krause und Herrn Fortmeier und äußert, dass eine Brücke angesichts der vorgelegten Informationen nicht mehr zu vertreten sei.

Sie verweist auf die Zusage der Verwaltung, die Bezirksvertretung könne auf die Gestaltung Einfluss nehmen, und regt vor diesem Hintergrund an, zum jetzigen Zeitpunkt auf die Diskussion von Detailfragen zu verzichten.

Frau Viehmeister betont, sie rücke nicht auf Grund von Sachzwängen, sondern auf Grund gestalterischer Aspekte von der Brücke ab.

Auf Anregung von Frau Hempelmann verzichten die noch auf der Rednerliste stehenden Mitglieder der Bezirksvertretung auf weitere Wortbeiträge.

Anschließend ergeht folgender

Beschluss:

Dem Abschluss eines städtebaulichen Vertrages mit dem BLB Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW als Vertreter des Landes NRW mit den in der Begründung genannten Inhalten und Verpflichtungen wird zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

Prioritätenliste für Kanalbau, Straßenbau, Geh- und Radwege, Straßenbeleuchtung und Querungshilfen

Frau Hempelmann verweist auf die den Mitgliedern der Bezirksvertretung schriftlich vorliegenden Empfehlungen der Arbeitsgruppe Stadtteilentwicklung vom 11.03.2009. Sie geht anschließend darauf ein, dass die Bezirksvertretung in ihrer Sitzung am 02.04.2009 einer Bürgereingabe stattgegeben habe, wonach der Randstreifen der Beckendorfstraße zu asphaltieren sei. Im Zuge einer am 29.04.2009 von der Arbeitsgruppe Stadtteilentwicklung durchgeführten Besichtigung des Banketts seien die teilnehmenden Arbeitsgruppenmitglieder allerdings mehrheitlich zu der Einschätzung gelangt, dass doch kein akuter Handlungsbedarf gegeben sei. Um die Bürgereingabe dennoch zu berücksichtigen, regt Frau Hempelmann an, die Herrichtung des Randstreifens in die Prioritätenliste aufzunehmen.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung verständigen sich darauf, die Erneuerung des Banketts als bezirksbezogene Straßenbaumaßnahme ohne Priorisierung aufzunehmen.

Herr Gieselmann äußert die Erwartung, dass durch geeignete Pflege-

maßnahmen fortlaufend dafür gesorgt werde, dass der Randstreifen als solcher erkennbar bleibe.

Unabhängig von der Aufstellung der Prioritätenliste spricht sich Herr Berenbrinker dafür aus, den als problematisch bewerteten Querungsbereich Deppendorfer Straße/Schloßstraße im Zuge der angekündigten Deckensanierung der Deppendorfer Straße zu entschärfen.

Frau Busch-Viet erläutert, dass das Amt für Verkehr derzeit noch prüfe, ob und wie der östlich der Deppendorfer Straße gelegene Verbindungsweg von der Deppendorfer Straße zur Schloßstraße, der auf einer dem Immobilienservicebetrieb gehörenden Fläche verlaufe, befestigt werden könne. Um bereits zeitnah eine Verbesserung der Sichtverhältnisse im Querungsbereich zu erreichen, beabsichtige die Verwaltung, in nächster Zeit Gespräche mit den Eigentümern der im Kurvenbereich liegenden Grundstücke zu führen und diese um die Beschneidung von Sträuchern und Hecken zu bitten.

Ohne weitere Diskussion fasst die Bezirksvertretung darauf hin folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg beschließt folgende Prioritätenliste für Kanalbau, Straßenbau, Geh- und Radwege, Straßenbeleuchtung und Querungshilfen

Kanalbau:

Priorität	Maßnahme
1	Beckendorfstraße Hs. Nr. 157 bis 177, Druckrohrleitung
2	Am Pferdekamp, Mischwasserkanal
3	Sammler Hoberge-Uerentrup zwischen Forellenweg und Haferstraße
4	B-Plan II/BA3 „Puntheide“ 1. BA nördl. Hollensiek

Mittel für folgende Maßnahmen sollen orientiert am Bedarf und an der Planungs- und Ausführungsreife unabhängig von der Priorisierung eingeplant werden:

- Erschließung Hochschulcampus / Lange Lage – Schmutzwasserkanal, Regenwasserkanal und Regenrückhaltebecken
- Dürerstraße/Lange Lage Schmutzwasserkanal, Regenwasserkanal
- Mischwasserkanal Babenhausen zwischen Frentrupsweg und Wiesental

Ohne Priorisierung

(kleinere Maßnahmen, die aufgrund ihres geringen Umfangs nicht als eigenständige Maßnahmen im Finanzplan aufgeführt sind, sondern aus der Sammelstelle „**Kleinere Aufschließungen, Auswechslung schadhafter Kanäle etc.**“ beauftragt werden)

Deppendorfer Straße zwischen Höfeweg und Vulsiekshof, Mischwasserkanal

Oberfeld zwischen Sportplatz und Wertherstraße, Regenwasserkanal

Hageresch zw. Hs. 22 und 26, Mischwasserkanal

Regenrückhaltebecken Zehlendorfer Damm

Kreuzberger Straße im Bereich Treptower Straße, Schmutzwasserkanal

Straßenbau

bezirksbezogene Maßnahmen

Priorität	Maßnahme
1a	äußere Erschließung Hochschulcampus
1b	Großdornberger Straße zwischen Hs. Nr. 73 und Wittlersweg
2	Kirchdornberger Straße zwischen Heimathaus und Am Blankenstein
3	Hollensiek, solange für das Gebiet „Puntheide“ kein neuer Investor zur Verfügung steht
4	Uerentrupweg
5	Hasbachtal zwischen Deppendorfer Straße und Haus Nr. 104
ohne Priorisierung	Am Hang Am Rehagen Am Sportplatz zw. Wertherstr. u. Wulfsbreite Am Wehmkamp Bushaltestellen Kerkebrink Platz zwischen Lohmannshof u. Hof Hallau Wellensiek a.) zw. Nr. 109 u. 117 b.) zw. Nr. 5 u. 77 Zur Schwedenschanze zwischen Dornberger Str. u. Ende der Bebauung Randstreifen Beckendorfstraße

überbezirkliche Maßnahmen

Priorität	Maßnahme
1	Wertherstraße vom Beginn der Ortsdurchfahrt bis zum Wellensiek
2	Wertherstr. zwischen Kirchdornberger Straße und Babenhauser Straße (Busverknüpfungspunkt)
3	Deppendorfer Str. zw. Schloßstraße und Beckendorfstraße

Deckenerneuerung

ohne Priorisierung

- Auf dem Esch
- Babenhauser Straße zwischen Vulsiekshof u. Wertherstraße
- Kirchdornberger Straße zwischen Wertherstraße und Sportplatz
- Schwarzer Weg im Bereich der Stadt Bielefeld ca. 500 m

Allgemein:

- a.) Werden in einer Straße Arbeiten am Kanalnetz bzw. an den Versorgungsleitungen durchgeführt und wird hierdurch die vorhandene Straßenebefestigung zerstört, so kann die Straßeneiederherstellung (Endausbau) unabhängig von der beschlossenen Priorisierung erfolgen.
- b.) Der Ausbau einer Maßnahme kann vorgezogen werden, wenn die höher priorisierten Maßnahmen nicht durchgeführt werden können.

Rad- und Gehwege städtische Maßnahmen

Priorität	Maßnahme
1	Babenhauser Straße zwischen Vulsiekshof und Wertherstraße

Maßnahmen des Landesbetriebes Straßenbau NRW (freie Strecke)

- L 779 Babenhauser Str. zwischen Röteweg und Bültmannskrug
- Instandsetzung -
- L 785 Wertherstr. zwischen Babenhauser Straße und Pappelkrug
- Baulastgrenze - Südseite
- L 778 Bergstraße von der Dornberger Straße bis zur Gemeindegrenze Steinhagen

Straßenbeleuchtung

Priorität	Maßnahme
1	Babenhauser Straße zwischen Bornweg und Auf dem Esch, Kofferleuchten
2	Babenhauser Straße zwischen Leihkamp und Hainteichstraße, Kofferleuchten
3	Babenhauser Straße zwischen Auf dem Esch und Höfeweg, Kofferleuchten

Querungshilfen

Priorität	Maßnahme
1	Dornberger Straße in Höhe Schäferdreesch, Zebrastreifen
2	Kirchdornberger Straße in Höhe Heimathaus

Buswartehallen

Folgende Bushaltestellen sollen mit Wartehäuschen versehen werden:

Pottkamp, Fahrtrichtung Splittenbreite
Hainteichstraße, Fahrtrichtung stadtauswärts
Pappelkrug, stadteinwärts
Freibad, Fahrtrichtung stadteinwärts
Freibad, Fahrtrichtung stadtauswärts

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 10 **Sachstandsbericht über die Sanierung von Schulaußenanlagen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6890/2004-2009

Die Bezirksvertretung Dornberg nimmt den Bericht der Verwaltung zur Sanierung der Schulaußenanlagen zu Kenntnis.

Zu Punkt 11 **Sondermittel des Stadtbezirks**

Zu Punkt 11.1 **Schulische Sondermittel**

Ohne Diskussion fasst die Bezirksvertretung folgenden

Beschluss:

Die im Haushaltsplan 2009 im Teilergebnisplan Innere Verwaltung – Stadtbezirksmanagement Dornberg unter Ziffer 16 – Sonstige ordentliche Aufwendungen (CD Haushaltsplan 2009, Seite 244) bereitgestellten Sondermittel für die Grundschulen im Stadtbezirk Dornberg in Höhe von 416,00 Euro sollen den Schulen, aufgeteilt im Verhältnis der Schülerzahlen, für ihre schulischen Sachausgaben zur eigenständigen Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt werden.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 11.2 **Allgemeine Sondermittel**

Frau Hempelmann weist darauf hin, dass die Bezirksvertretung sich bereits mehrfach Gedanken über die Verwendung der Sondermittel in Höhe von insgesamt 5865 Euro gemacht habe. Dabei habe sich abgezeichnet, dass eine Bezuschussung der Druckkosten für den Dornberger Veranstaltungskalender unstrittig sei. Sie schlage vor, hierfür 600 Euro einzuplanen. Im Auftrag der Bezirksvertretung habe Frau Busch-Viet darüber hinaus die Beschaffung einer Infosäule für den Eingangsbereich des Bürgerzentrums vorbereitet. Hierfür seien ca. 550 Euro zu veranschlagen. Weiter regt Frau Hempelmann an, vorsorglich 500 Euro für die Dornberger Ferienspiele zu reservieren, da auf Grund entsprechender Ankündigungen mit einem Rückgang der Spenden bisheriger Großspender zu rechnen sei.

Frau Brinkmann bittet darum, in einer der nächsten Sitzungen über die

Finanzierung der Ferienspiele zu informieren. Insbesondere sei sie daran interessiert zu erfahren, in welcher Höhe Mittel aus der Offenen Ganztagsbetreuung an den Dornberger Grundschulen zur Finanzierung der Ferienspiele herangezogen würden.

Hinsichtlich des weiteren Vorschlags von Frau Hempelmann, der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde Dornberg einen Zuschuss zu den Kosten der bereits durchgeführten Sanierung des Kindergartendaches zukommen zu lassen, sieht die Bezirksvertretung noch Beratungsbedarf.

Herr Berenbrinker hätte grundsätzlich keine Einwände gegen eine einmalige Spende an die Kirchengemeinde, äußert allerdings die Befürchtung, dass eine solche Entscheidung Begehrlichkeiten bei anderen Gruppierungen wecken könne. Er habe Bedenken, dass die Bezirksvertretung weitere dann auf sie zu kommende Anfragen abschlägig beantworten müsse, was im Sinne der Gleichbehandlung unbefriedigend sei.

Herr John schlägt vor, an Stelle der Dachsanierung ein anderes noch zu benennendes Projekt der Kirchengemeinde zu fördern. Die hierdurch frei werdenden Mittel könne die Gemeinde dann für die Dachsanierung einsetzen.

Frau Hempelmann räumt ein, dass die im Vorjahr bewilligte Förderung der Kindertagesstätte Hoberge-Urentrup zwar mit deren Eigenschaft als Familienzentrum begründet worden sei, dennoch sei ihr daran gelegen, den Kindergarten Kirchdornberg ebenfalls zu unterstützen.

Frau Selle spricht sich gegen eine Mitfinanzierung baulicher Maßnahmen aus, könnte sich aber die Bezuschussung eines konkreten anderen Projektes vorstellen.

Sie erinnert daran, dass ihre Fraktion im zurückliegenden Jahr den Antrag, den freiwilligen Feuerwehren Sondermittel zukommen zu lassen, zurückgestellt habe und bittet darum, diesen jetzt erneut zu prüfen.

Herr Berenbrinker erkundigt sich, ob es einen konkreten Anlass gebe, den Löscharteilungen Geld zur Verfügung zu stellen.

Frau Viehmeister rechtfertigt den Vorschlag ihrer Fraktion mit dem großen ehrenamtlichen Engagement der freiwilligen Feuerwehren, dass durch eine Zuwendung gewürdigt werden solle. Auch die Freibadfördervereine seien bedacht worden, um Anerkennung für deren ehrenamtliches Engagement zu signalisieren.

Frau Hahn vertritt die Auffassung, dass eine Unterstützung nur für ein konkretes Projekt in Frage komme.

Frau Viehmeister fordert, die Bezirksvertretung müsse sich dann auf einheitliche Vergabekriterien verständigen.

Herr Berenbrinker schlägt vor, gegebenenfalls die Jugend- und Nachwuchsarbeit der Feuerwehr zu fördern.

Herr Gieselmann weist darauf hin, dass Mitglieder der Löscharteilungen nach seinem Kenntnisstand häufiger Ausrüstungsgegenstände privat finanzierten.

Frau Selle erklärt sich bereit, zu klären, ob seitens der Feuerwehren ein Zuschussbedarf für konkrete Projekte bestehe.

Herr Steinkühler möchte unterschieden wissen, ob eine Gemeinde eine konkrete Notlage signalisiere oder ob die Bezirksvertretung von sich aus auf potentielle Sondermittelempfänger zugehe.

Die Entscheidung über Zuwendungen für die Kirchengemeinde und die Löscharteilungen der freiwilligen Feuerwehr wird darauf hin zurückgestellt.

Frau Selle macht darauf aufmerksam, dass möglicherweise noch Mittel für eine Förderung der Mobilen Jugendarbeit erforderlich werden könn-

ten.

Frau Hempelmann bezieht sich auf eine bereits in einer zurückliegenden Sitzung zur Sprache gekommene Anfrage des Fördervereins der Grundschule Babenhausen. Dieser habe um einen Zuschuss für die Präventionsarbeit gegen sexuelle Gewalt gebeten.

Die Bezirksvertretung kommt überein, hierfür 250 Euro zur Verfügung zu stellen.

Herr Berenbrinker erinnert schließlich daran, dass in der Vergangenheit auch die Stadtteilbibliothek regelmäßig bedacht worden sei.

Abschließend fasst die Bezirksvertretung folgenden

Beschluss:

Aus den Sondermitteln des Bezirks sind folgende Zahlungen zu leisten:

Veranstaltungskalender	600,00 Euro
Infotafel Bürgerzentrum	550,00 Euro
Präventionsprojekt der Grundschule Babenhausen „Mein Körper gehört mir“	250,00 Euro
Ferienspiele	500,00 Euro

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

1. Ausschilderung des Fußweges zwischen Kollwitzstraße und Park

(Beschluss vom 26.02.2009 - TOP 5.5 – Drucksache Nr. 6548/2004-2009)

Frau Busch-Viet teilt mit, dass das Amt für Verkehr gemeinsam mit der Polizei und dem Straßenbaulastträger die Verkehrssituation am Verbindungsweg zwischen Kollwitzstraße in Höhe Haus Nummer 49 und Park überprüft habe. Das nach der Straßenverkehrsordnung vorgeschriebene Anhörungsverfahren habe ergeben, dass eine Ausschilderung als Gehweg aus verkehrlichen Gründen nicht erforderlich sei.

Nach § 45 Abs. 9 StVO seien Verkehrszeichen nur dort anzuordnen, wo dies auf Grund der besonderen Umstände zwingend geboten sei. Der Weg zwischen Kollwitzstraße und Park sei ca. 3 m breit und bis zum Beginn der Grünanlagen etwa 50 m lang. Der Weg verlaufe gerade und übersichtlich. Sowohl das Radverkehrs- als auch das Fußgängeraufkommen seien gering. In den sich anschließenden Grünanlagen seien Wege mit einer Mindestbreite von 2,50 m vorhanden, die für die Nutzung durch Radfahrerinnen und Radfahrer vorgesehen seien. Der Begegnungsverkehr zwischen Radfahrerinnen und Radfahrern sowie Fußgängerinnen und Fußgängern gestalte sich auf Grund der Breite und Übersichtlichkeit des Weges und des geringen Verkehrsaufkommens unproblematisch. Nach den Grundregeln der Straßenverkehrsordnung erfordere die Teilnahme am Straßenverkehr ständige Vorsicht und Rücksichtnahme. Eine zusätzliche Be-

schilderung, um ein solches Verhalten zu erreichen, sei nicht notwendig. Unfälle hätten sich dort in den letzten Jahren nicht ereignet. Handlungsbedarf für straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen sei daher nicht ersichtlich.

2. Verbesserung eines Wegeabschnittes im Dornberger Auenpark
(Beschluss vom 26.02.2009 – TOP 5.3 – Drucksache 6540/2004-2009)

Frau Busch-Viet fasst eine Stellungnahme des Umweltbetriebes zum Beschluss der Bezirksvertretung zusammen. Jahreszeitlich bedingt befänden sich die wassergebundenen Wege in sämtlichen Grünanlagen Bielefelds in den Herbst- und Wintermonaten durch die erhöhten Niederschlagsmengen in einem schlechteren Zustand als in den Sommermonaten. Zusätzlich werde die Situation durch Phasen mit einem Wechsel zwischen Frost und Tauwetter negativ beeinflusst, da ein Wasserabfluss durch tiefer liegende Frostschichten verhindert werde.

Im angesprochenen Grünanlagenbereich seien zudem im Winter erhebliche Pflegerückschnitte am Strauchbestand und darüber hinaus in der angrenzenden Waldfläche Fällmaßnahmen durchgeführt worden. Der für diese Maßnahmen erforderliche Maschineneinsatz habe die Wege zusätzlich beeinträchtigt. Nach dem endgültigen Abschluss aller Arbeiten sei die Wiederherstellung des wassergebundenen Weges in seiner jetzigen Form durch den Bezirksgärtnermeister für den Mai 2009 vorgesehen.

Die Anlage eines sogenannten Halb-und-Halb-Weges, bei dem eine Wegehälfte gepflastert werde, habe sich in der Praxis nicht bewährt. An der Nahtstelle zwischen Pflasterbelag und wassergebundener Decke entstünden bei Regen häufig Gefahrenstellen, da je nach Neigung des Weges entweder Wegematerial abgetragen werde und so eine Stolperkante entstehe oder wassergebundenes Deckschichtmaterial auf den Pflasterbelag gewaschen werde, wodurch eine erhöhte Rutschgefahr hervorgerufen werde.

Aus Sicht der Grünunterhaltung im Umweltbetrieb sei eine vollständige Pflasterung des gesamten Wegenetzes die dauerhafteste Lösung. Leider lasse ich diese aus Kostengründen derzeit nicht realisieren.

3. Bebauungsplan Nr. II / G 19 „Großdornberger Straße / Wittlersweg“
Drucksache 6494/2004-2009

Frau Busch-Viet teilt mit, dass der Rat der Stadt Bielefeld die Erstaufstellung des Bebauungsplanes Nr. II / G 19 „Großdornberegr Straße / Wittlersweg“ einstimmig beschlossen habe.

-.-.-